

Öffentlich-rechtlicher Vertrag zur KFZ-Zulassung

- ☐ Vertrag erlischt am
☐ Unbefristet

Datum der Volljährigkeit

--

Vertrag zwischen

1. Antragstellende Personen

1.1 Erster Elternteil

Familienname		Vorname		
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort	

1.2 Zweiter Elternteil

Familienname		Vorname		
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort	

ausgewiesen durch Vorlage des Personalausweises

und

2. Stadt

Wuppertal

über die Zulassung des Kraftfahrzeuges

3. Kraftfahrzeug

Fahrzeugart	Fahrzeughersteller	Fahrzeugidentifizierungsnummer
Vorgesehenes amtliches Kennzeichen		

4. Minderjähriges Kind

Die antragstellende/n Person/en erklärt/en, dass sie die gesetzliche Vertretung und personensorgeberechtigte Person/en der / des minderjährigen Tochter / Sohnes / Mündels

Familienname		Vorname		Geburtsdatum
Straße	Hausnummer	Postleitzahl	Ort	

ist / sind und die Zulassung des vorbezeichneten Fahrzeuges auf das Kind wünscht/en. Dies vorausgesetzt vereinbaren die Parteien folgendes:

5. Vereinbarungen

- Auf den Antrag der antragstellenden Person auf Zulassung des vorgenannten Kraftfahrzeuges auf das Kind wird die Stadt - sofern die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind - dem Kraftfahrzeug das vorgesehene amtliche Kennzeichen zuteilen und es damit auf das Kind zulassen. Die Voraussetzungen sind dann erfüllt, wenn ein Fahrzeug aufgrund einer Schwerbehinderung gemäß [§ 3a Kraftfahrzeugsteuergesetz](#) auf eine minderjährige Person zugelassen werden soll oder wenn die minderjährige Person im Besitz der für das zulassungspflichtige Fahrzeug erforderlichen Fahrerlaubnis ist.
- Die Pflichten der Halterin / des Halters, die sich aus den Straßenverkehrsgesetzen und -verordnungen und sonstigen Gesetzen aufgrund der Zulassung des Fahrzeuges auf das Kind ergeben, werden zusätzlich von der / den antragstellenden Person/en übernommen. Der / den übernehmenden Person/en ist bekannt, dass sie hiermit nicht nur etwa die Mitteilungspflichten des Halters / der Halterin übernimmt / übernehmen, sondern dass auch Verwaltungsakte gegen sie wie gegen die Halterin / den Halter - etwa zur Außerbetriebsetzung des Fahrzeugs - unmittelbar ergehen können.
- Die antragstellende/n Person/en haben ihr Personensorgerecht auf Verlangen der Stadt nachzuweisen und Änderungen diesbezüglich unverzüglich mitzuteilen.
- Sollte dieser Vertrag nach [§ 59 Verwaltungsverfahrensgesetz \(VwVfG\)](#) nichtig sein oder nach [§ 60 VwVfG](#) gekündigt werden, so wird auch die Zulassung des Kraftfahrzeuges auf das Kind widerrufen.
- Die Stadt kann diesen Vertrag insbesondere dann nach Maßgabe des [§ 60 VwVfG](#) kündigen, wenn sich die Personensorgerechtsberechtigung der Vertragspartnerinnen / Vertragspartner ändert oder wenn sie wegfällt.
- Die antragstellende/n Person/en erteilen hiermit in Vertretung für das Kind die Zustimmung gemäß [§ 58 Absatz 1 VwVfG](#) zu diesem Vertrag.

Ort, Datum	Unterschrift sachbearbeitende Person (Stadt)
Unterschrift erster Elternteil	Unterschrift zweiter Elternteil